



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Reduzierung von statistischen Erhebungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich mit der Initiative „Für eine mittelstandsfreundliche Politik für Wachstum, Innovation und Beschäftigung“ (Drucksache 15/2238) bereits für eine Reduzierung von Statistikpflichten ausgesprochen.

Die Landesregierung wird gebeten, in der Februar-Tagung des Landtages darüber zu berichten, was sie in den letzten Jahren unternommen hat, damit nicht mehr zeitgemäße statistische Erhebungen entfallen können, zu deren Erhebung das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein bisher noch gesetzlich verpflichtet ist.

Hierzu sollen auch die Initiativen der Landesregierung bei der Bundesregierung und ebenfalls gegenüber der EU aufgeführt werden, denn 85 % der zu erhebenden Statistiken beruhen auf EU-Vorschriften, sowie Initiativen der Bundesregierung gegenüber der EU.

Zudem wird die Landesregierung gebeten zu berichten, was sie zusätzlich unternommen hat, um die Dienstleistungsfunktion des Statistischen Landesamtes zu stärken, damit nicht nur die Erhebung von Daten, sondern auch eine nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen vorgenommene Bewertung erfolgen kann, um so Hinweise für die Notwendigkeit politischen Handelns zu gewinnen.

Wolfgang Fuß
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion